Angehörigen Info 76

G 10228 D
27.9.1991

Herausgegeben von den Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD

Karl-heinz Dellwo, Lutz Taufer und Knut Folkerts in Celle in befristetem Hungerstreik
Presseerklärung der RechtsanwältInnen

23.9.91

Als Verteidigerinnen und Verteidiger der in der JVa Celle I inhaftierten Gefangenen Karl-Heinz Dellwo, Lutz Taufer und Knut Folkerts geben wir bekannt:

Unsere Mandanten haben am 23.9.1991 einen befristeten Hungerstreik begonnen. Unmittelbarer Anlaß dafür ist die Weigerung des niedersächsischen Justizministeriums, einer Journalistin von Radio Bremen die Genehmigung zu erteilen, mit unseren Mandanten ein Tonbandinterview durchzuführen. Stattdessen soll nur ein schriftliches Interview zugelassen werden. Das nds. Justizministerium will mit diesem Verbot verhindern, daß die Stimmen der Gefangenen im Radio gesendet werden.

Unsere Mandanten begreifen dies als Versuch, sie eines wesentlichen Teils ihrer Persönlichkeit zu berauben.
Hiergegen richtet sich der befristete Hungerstreik.

Nach den letzten Landtagswahlen hatte die rot-grüne Koalition eine Änderung der Haftbedingungen, insbesondere eine Vergrößerung der Celler Gefangenengruppe, angekündigt und die Möglichkeit politischer Kommunikation zugesagt. Nachdem interessierte Kreise der Strafverfolgungsbehörden im Frühsommer dieses Jahres eine Kampagne gegen die Zusammenlegung und die Verteidiger der Gefangenen inszeniert hatten, wurden vom niedersächsischen Justizministerium alle Pläne zur Veränderung der Haftbedingungen, insbesondere zur Vergrößerung der Celler Gefangenengruppe storniert. Real hat sich seit dem Amtsantritt der rot-grünen Koalition an den Haftbedingungen nichts geändert.

Die Entscheidung, das Tonbandinterview zu verbieten, ist die Fortsetzung der Linie der Isolation der politischen Gefangenen. Offensichtlich soll jede Kommunikatin zwischen den Gefangenen und der Öffentlichkeit verhindert werden.

Am Beispiel des Fernsehinterviews mit Lotze zeigt sich, daß Kommunikation auch über die Medien dann zugelassen wird, wenn ihr Inhalt staatlich erwünscht ist. Demgegenüber wird unseren Mandanten die Möglichkeit genommen, sich mit ihrer Person — und das ist auch ihre Stimme — an der öffentlichen Diskussion zu beteiligen.

Als Verteidigerinnen und Verteidiger der politischen Gefangenen Karl-Heinz Dellwo, Knut Folkerts und Lutz Taufer fordern wir das niedersächsische Justizministerium auf,

- unseren Mandanten als politisch denkenden und handelnden Menschen die ungehinderte Teilnahme an öffentlicher Diskussion und Meinungsbildung zu ermöglichen;
- endlich die seit langer Zeit geplante Vergrößerung der Celler Gefangenengruppe durch Verlegung aus anderen Bundesländern zu verwirklichen.

RAin Renate Trobitzsch, Hannover; RA Dieter Adler, Hannover; RA Rainer Koch, Frankfurt; RA Christoph Bode, Hamburg; RAin Barbara Klawitter, Hannover

Hungerstreikerklärung von Karl-Heinz Dellwo, Knut Folkerts und Lutz Taufer

wir sind ab heute in einem befristeten hungerstreik.

wir fordern

formen der zusammenlegung, wie sie nach 10, 15, 20 jahren isolation im gefängnis und isolation von der gesellschaft draußen notwendig sind, um den politischen und sozialen stoffwechsel mit der gesellschaft wiederzubeleben

unbehinderte zulassung von gesprächsgruppen

unbehinderte teilnahme der gefangenen aus der raf an der öffentlichen diskussion, auch über die medien

august 1988 haben die gefangenen aus der raf in drei erklärungen (taz 8.8.1988) mitgeteilt, daß sie das gespräch mit gesellschaftlichen gruppen suchen. ziel dieses gesprächs sollte eine durcharbeitung der geschichte der letzten 20, 25 jahre sein, der geschichte der linken, der raf, der gefangenen — abschluß einer geschichtlichen periode; analyse und neubewertung der heutigen politischen und gesellschaftlichen situationen; schlußfolgerungen für eine revolutionäre politik der zukunft.

seither haben zahlreiche gruppen und einzelpersonen, bekannte und unbekannte, diese initiative aufgegriffen und um entsprechende gesprächsmöglichkeiten mit den gefangenen gekämpft. ja, gekämpft ist wohl der angemessene begriff: eine gesprächsgruppe bei uns hier in celle, um nur ein beispiel zu nennen, bestehend aus dem ehemaligen vorsitzenden von amnesty international bischof helmut frenz, der leiterin eines evangelischen männerwohnheims rosita timm, dem hamburger pastor wolfgang grell und dem spd-mitglied und rechtswissenschaftler norman paech, wurde vom ministerium alm-merk und der celler anstaltsleitung administrativ abgewürgt. insgesamt dreimal ist es der gruppe im lauf eines jahres gelungen, zu uns zu kurzen diskussionen vorzudringen! in lübeck kann dieselbe gruppe regelmäßig und problemlos die dortigen raf-gefangenen besuchen.

seit einem jahrzehnt wird uns in niedersachsen, abwechselnd von cdu- und spd-justizministern, versprochen, die gruppe der raf-gefangenen in celle auf mindestens acht gefangene zu erhöhen. lutz taufer stimmte seiner verlegung nach celle 1982 zu, nachdem ihm eine solche vergrößerung angekündigt worden war. der letzte cdu-justizminister remmers hat unsere isolationshaft im celler hochsicherheitstrakt — ein jahrzehnt zu dritt unter der lebensqualität luftschutzbunker — als „irrtum" bezeichnet. die uno-menschenrechtskommission kritisiert unsere haftbedingungen; amnesty international greift sie an; die süddeutsche zeitung spricht von 20 jahren haftbedingungen, die uns schockgefrieren sollen; aus niedersächsischen regierungskreisen hören wir die einschätzung „horrorscenario". gemeint ist unsere situation in celle. rot-grün in niedersachsen hat uns gegenüber remmers den vorteil gebracht, daß man heute in hannover unsere lage durchaus kritisch zu würdigen weiß. signifikante veränderungen, von einer wende ganz zu schweigen, hat es allerdings nicht gegeben. die vor einem jahr in aussicht gestellte verlegung von fünf gefangenen aus raf und widerstand, was nach einem jahrzehnt endlich eine kleine 8er-gruppe gebracht hätte, ist längst hinter den politischen horizonten verschwunden.

seit jahren erreichen uns raf-gefangene in celle interview-wünsche, von der alternativpresse bis zum fernsehen. die justiz hält solche gespräche für „schädliche gespräche". nützlich hingegen die von den organen des staatsschutzes seit monaten orchestrierte kampagne zur desinformation der öffentlichkeit. was immer seit der zellenrazzia vom märz 1991 an öffentlicher anschuldigung schauprozeßartig ausgebreitet wurde — 7000 kassiber, illegales infosystem mit der raf, kommandozentralen im knast, zellensteuerung, todeslisten, anwälte als kuriere, befreiungspläne für die frauen in köln-ossendorf —, der generalbundesanwalt mußte es sich aus den händen nehmen lassen.
„wir sind von anfang an davon ausgegangen, daß an all dem nichts dran ist." jagaus, justizministerium hannover, pressesprecher. ein novum jedenfalls haben von stahl und zachert in ihrer bisherigen amtszeit geschaffen: die putativjustiz.

das diktatorische, jedenfalls außer öffentlicher kontrolle geratene agieren der staatsschutzorgane lebt nicht zuletzt — wie alle diktatorischen systeme — vom informationsmonopol. die gefangenen aus der raf, die seit jahren mit tausenden und abertausenden artikeln und beiträgen in den medien buchstäblich zugeschissen werden, kommen nicht zu wort. der wahn, aus dem 1972 in köln-ossendorf ulrike meinhof in den toten trakt gesperrt wurde, um ihr die politikfähigkeit zu amputieren, lebt noch immer. in diesen 20 jahren ist die zerstörung der herzen und hirne,

von ausnahmen abgesehen, nicht gelungen. jetzt wird eine auffanglinie errichtet. in dem moment, wo die gefangenen in die diskussion mit teilen der gesellschaft drängen, drängt der staatsschutz mit einer gegenkampagne in die öffentlichkeit: die hauptgefahr geht von den gefangenen aus. von kontaktsperre auf dauer war die letzten monate die rede.

seit sechs jahren bemüht sich eine rundfunkjournalistin, ein interview zu machen. als „schädliche gespräche" wurden die versuche der journalistin, kontakt mit uns aufzunehmen, abgeblockt. eineinhalb jahre lang jetzt der neuerliche anlauf bei der rot-grünen regierung in hannover: das resultat ist faktisch dasselbe. im mai hat das justizministerium das interview genehmigt, zwei stunden vor dem termin im juli aber wieder verboten. es folgte eine neue interviewerlaubnis, die aber an derart behindernde auflagen gekoppelt war, daß das interview undurchführbar blieb. schließlich, im august, wurde überraschend ein vorgespräch zu akzeptablen bedingungen genehmigt, die frage der interviewgenehmigung aber weiter offengelassen. und heute haben wir zu guter letzt die erlaubnis, ein radiointerview zu machen — ein aufnahmegerät ist der journalistin dabei aber verboten.

die hauptgefahr geht von den gefangenen aus. noch von ihren stimmen. nach über 16 jahren. das phantom soll phantom bleiben. ein „irrtum" waren zehn jahre hochsicherheitstrakt nicht. tief, allzu tief eincodiert ist es in diesen köpfen, ob von stahl oder zachert, ob rot oder grün oder schwarz: die art dieser gefangenen muß im verborgenen bleiben. staatsschutz und politik können es sich nicht leisten, daß sich das monstrum, das sie 20 jahre lang aufgebaut haben, als für die öffentlichkeit fabriziertes schreckgespenst herausstellen könnte.

wir fordern eine authentische und unbehinderte möglichkeit, an der öffentlichen diskussion teilzunehmen, auch über die medien!

in der zeit von frühjahr 1989 bis heute haben wir mit den niedersächsischen landtags-grünen, mit dem niedersächsischen justizministerium, mit der anstaltsleitung und anderen vollzugsbezogenen institutionen (kirche, anstaltsarzt) zahlreiche gespräche geführt. offene gespräche. 20 oder 30 oder mehr. in all diesen gesprächen ging es fast immer um die frage einer politischen lösung: durcharbeitung der letzten zwanzig jahre geschichte der linken, der raf, der gefangenen, abschluß dieser phase über die bestimmung einer neuen politischen perspektive, dazu diskussion und beratung mit gesellschaftlich interessierten gruppen. eine inhaltliche diskussion hat es mit diesen personen naturgemäß nicht gegeben, aber eine darlegung des projekts und der dafür notwendigen bedingungen und materiellen veränderungen. aus den letzten 20 jahren wird deutlich, daß es eine alternative dazu nicht gibt: zusammenlegung, diskussion mit gruppen aus der gesellschaft, freie kommunikation mit draußen. das die eine, die reale seite.

wie der staatsschutz diese zweieinhalb jahre wahrgenommen hat, haben wir im „stern" vom 4.7.1991 lesen können:

> auch die ständigen horrormeldungen eines betrügers aus der celler strafvollzugsanstalt, der für den verfassungsschutz die raf-häftlinge knut folkerts, karl-heinz dellwo und lutz taufer bespitzelt, stimmten bisher nie.
>
> vor einem jahr kündigte der knacki die entführung des vw-vorstandsmitglieds Daniel Goeudevert an (worauf jetzt nachträglich sogar noch der „spiegel" hereinfiel). am 7. und 23. mai sollte der „große schlag" gegen renommierte bankiers in münchen und hamburg passieren. nun will der knacki von einem attentat im juli gehört haben ...

auch unter der neuen niedersächsischen regierung dominieren jene seilschaften das geschehen, die vor zwölf jahren den sprengstoffanschlag auf das celler gefängnis organisiert hatten. die phantasien eines im übrigen wegen meineid vorbestraften, in der gesamten niedersächsischen justiz wegen seiner abenteuerlichen denunziationsphantasien verschrienen betrügers gelten den zachert, dem spiegel, der taz und von stahl als das einzig reale, selbst das bundeskabinett ließ sich davon in atem halten.

aber den raf-gefangenen realitätsverlust bescheinigen!! da wächst wahrlich zusammen, was zusammengehört.

nach dreijährigem kampf um eine öffnung, des bemühens, türen der kommunikation, des austauschs zwischen drinnen und draußen aufzustoßen, müssen wir das resümee ziehen: das ensemble aus staatsschutzapparat und angegliederter politik verfügt über die kompetenz und die kapazität, mit einem solchen ansatz konstruktiv umzugehen, nicht. der seit 20 jahren metastasierende staatsschutzapparat hat seine geburtsstunde in einem politischen klima, das durch die überzeugung des damaligen bundeskanzlers brandt charakterisiert war, im vietnamesischen dschungel würde die freiheit westberlins verteidigt. dies ist auch die geburtsstunde des toten trakts in köln-ossendorf. 1972. es ist weit und breit nicht erkennbar, daß die politik sich von diesem zur (staatsschutz)struktur geronnenen wahn losreißt. im gegenteil, die dinge werden immer verrückter.

dies ist der grund, weshalb wir diesen hungerstreik machen.

das verhalten des staates uns gegenüber besteht seit 20 jahren darin, uns in eine fundamentale lebensnot zu bringen. einziger angebotener ausgang aus diesem labyrinth soll das abschwören sein. das ist das prinzip mittelalter. die fundamentale lebensnot soll den gefangenen dazu bringen, bestimmte gedanken und gefühle nicht mehr zu haben, bestimmte bestimmungen nicht mehr zu setzen. die inhaltlichen resultate dieses „umdenkens" stehen für den staat nicht unbedingt im vordergrund, worauf es ankommt, ist, daß das „umdenken" deutlich wahrnehmbar folge staatlicher gewalt ist.

die gefangenen aus der raf kommen aus der linken. zu deren konstitutionsbedingungen gehört das prinzip des freien, unbehinderten gebrauchs der eigenen verstandes- und seelenkräfte — wer schockgefroren werden soll, ist dazu nicht in der lage. das ist das prinzip der neuzeit.

um seine begrenzte wirkung wissend beginnen wir diesen streik — wir haben einfach die schnauze voll!

Celle, den 23.9.91

Karl-Heinz Dellwo, Knut Folkerts, Lutz Taufer

Hände weg von den politischen Gefangenen!
Besetzung des Justizministeriums in Kiel am 18.9.

Bericht über die Besetzung

Heute, am Mittwoch, den 18.9.1991, haben wir das Justizministerium in Kiel besetzt.

Wir konnten um 10.00 Uhr das Gebäude durch eine offenstehende Tür betreten und begaben uns auf einen Balkon im 1. Stock. Dort befestigten wir ein Transparent mit der Aufschrift *Hände weg von den politischen Gefangenen* und verlasen per Megaphon unser Flugblatt. Wir haben den dort arbeitenden Menschen unser Anliegen erklärt und ihnen gegenüber zum Ausdruck gebracht, daß diese Aktion nicht gegen sie gerichtet ist. gleichzeitig verteilten UnterstützerInnen vor dem Justizministerium Flugblätter und hielten ein Transparent mit der Aufschrift *Zusammenlegung der Gefangenen in 1 oder 2 große Gruppen.*

Unsere Forderungen vom schleswig-holsteinischen Justizminister Klingner sind:

— die Zusicherung, daß die Kleinstgruppe in Lübeck nicht auseinandergelegt wird, sondern um die Gefangenen erweitert wird, die das für sich fordern
— Zusammenlegung der politischen Gefangenen in 1 oder 2 große Gruppen
— Zusammenlegung aller Gefangenen, die darum kämpfen
— Freilassung der haftunfähigen Gefangenen
— freie Arztwahl
— freie Kommunikation.

Uns wurde mitgeteilt, daß Justizminister Klingner und seine persönliche Referentin in Bremen sind. Daraufhin waren wir bereit, mit Staatssekretär Jensen zu sprechen, der sich in einer Kabinettssitzung befand.

Bei dem Gespräch machte er folgendes deutlich:

1. In Schleswig-Holstein gibt es keine Bestandsgarantie der Kleinstgruppe in Lübeck. Sie behalten sich jederzeit die Möglichkeit vor, die Gruppe auseinanderzulegen.
   Was nochmal deutlich macht, daß die politischen Gefangenen als Geiseln der HERRschenden genutzt werden.
2. Zusätzlich erklärte Jensen, daß die Kleinstgruppe in Lübeck nicht um Gefangene, die das für sich fordern, erweitert wird.
3. Die Landesregierung lehnt eine Zusammenlegung der politischen Gefangenen in 1 oder 2 große Gruppen ab. Eine Begründung für diese Ablehnung war das „Nicht-Abschwören" der politischen Gefangenen.

Durch dieses Gespräch brachte die schleswig-holsteinische Landesregierung nochmal zum Ausdruck, daß sie an der harten Linie gegenüber den Gefangenen festhält. Das heißt, daß die politisch Verantwortlichen an den unmenschlichen Isolationshaftbedingungen festhalten und die im

letzten Hungerstreik 89 erkämpften Zugeständnisse schrittweise zurückgenommen wurden und werden.
Nach wie vor gilt: Abschwören oder Isolationsfolter.

Wir wurden mehrmals aufgefordert, das Gebäude zu verlassen. Für uns war klar, daß wir so lange bleiben, bis wir wenigstens zu einer unserer Forderungen eine verbindliche Zusage erhalten.
Ihre Antwort war nach ca. zweieinhalb Stunden die polizeiliche Räumung des Justizministeriums und die Einleitung von Strafverfahren gegen die BesetzerInnen. Wir mußten uns einer Personalienfeststellung unterziehen.
Danach zogen wir gemeinsam mit den UnterstützerInnen in die Innenstadt, machten eine Kundgebung und verteilten Flugblätter.

Wir waren heute im Kieler Justizministerium und werden immer wieder da sein, wenn es darum geht, gegen Unterdrückung und Folter zu kämpfen.
Kieler Freunde und Freundinnen der politischen Gefangenen

Flugblatt der BesetzerInnen

Mit dieser Aktion richten wir uns gegen die Angriffe von Staatsschutz und Medien gegen die politischen Gefangenen und deren AnwältInnen. Insbesondere richten wir uns gegen die Pläne der Bundesanwaltschaft, die bestehenden Kleinstgruppen der Gefangenen aus der Roten Armee Fraktion (RAF) in Bielefeld, Celle und Lübeck auseinanderzulegen.
Seit einigen Monaten läuft ein Medienspektaktel gegen die politischen Gefangenen in der BRD und ihre AnwältInnen. Fast jede Woche wird auf's neue in Zeitungen und Fernsehmagazinen berichtet, daß die in Isolationshaft einsitzenden Gefangenen aus der Roten Armee Fraktion (RAF) die Anschläge der RAF steuern würden, daß die AnwältInnen sich dafür als KurierInnen betätigen, daß die Gefangenen untereinander ein illegales Kommunikationsnetz aufgebaut hätten, das von ihren Angehörigen und AnwältInnen aufrecht erhalten wird. Regelmäßig enden diese Beiträge mit der Forderung, die Haftbedingungen der Gefangenen noch weiter zu verschärfen, die bestehenden Kleinstgruppen aufzulösen und die Verteidigungsrechte weiter einzuschränken.
Die Kampagne gegen die Gefangenen hat für diese konkrete Konsequenzen: Ständige Zellendurchsuchungen und die Beschlagnahmung von 7000 Seiten bereits durch die Knastzensur gegangenen Papiers verhindern die Vorbereitung auf Prozesse und die politische Diskussion. Haftverschärfungen und Verlegungen in andere Gefängnisse haben bei einem Großteil der Gefangenen stattgefunden, bereits zugesagte Zusammenlegungen, Umschlüsse, Haftlockerungen werden von den Knastleitungen zurückgezogen.
Die Verlegung der Kölner Kleinstgruppe (Adelheid Schulz, Ingrid Jakobsmeier, Sieglinde Hofmann, Christa Eckes) nach Bielefeld wegen angeblicher Fluchtpläne, das Ermitttlungsverfahren nach § 129a gegen den Anwalt von Adelheid Schulz, Andreas Groß, und der Versuch, ihn von der Verteidigung auszuschließen, machen die Stoßrichtung der Bundesanwaltschaft — Zerschlagung der Kleinstgruppen — klar.
Ziel der Staatsschutzaktion ist, die Gefangenen gesellschaftlich zu isolieren, ihre Angehörigen und AnwältInnen einzuschüchtern. Es geht für die Staatsschutzstellen darum, die breite Unterstützung, die die Forderung der politischen Gefangenen nach Zusammenlegung in große Gruppen und Freilassung der Haftunfähigen im Hungerstreik 1989 fand, zu untergraben.
Die unmenschlichen Isolationshaftbedingungen der politischen Gefangenen in der BRD sollen durch die Lüge von der „Zellensteuerung" und „Fluchtplänen" legitimiert werden.
Die Gefangenen bemühen sich seit Beginn der Kampagne darum, aus dem Zusammenhang gerissene Sätze wieder in ihrem ursprünglichen Sinn darzustellen, den Lügenkonstrukten Tatsachen entgegenzusetzen. Auch ihre AnwältInnen haben in diversen Presseerklärungen versucht, die von der Bundesanwaltschaft in die Presse lancierten Lügengeschichten richtigzustellen. Ihre Stellungnahmen finden allerdings kaum so viel Beachtung wie die Lügen des Staatsschutzes. Eine Antwort darauf kann nicht allein von den Gefangenen und ihren AnwältInnen kommen. Alle gesellschaftlichen Gruppen, die das Vorgehen des Staatsschutzes verurteilen und die Forderung nach Zusammenlegung der politischen Gefangenen unterstützen, müssen jetzt in der Öffentlichkeit nicht nur die Lügen des Staatsschutzes widerlegen, sondern dem Versuch der weiteren Verschärfung der Isolation die Forderung nach Zusammenlegung entgegensetzen.
Unsere Aktion ist, gemeinsam mit anderen Aktionen in der BRD, wie z. B. der Besetzung des SPIEGEL-Büros in Hannover am 8. 7. 91 oder der Besetzung des Römer in Frankfurt am 10. 8. 91, ein Mittel, um Gegenöffentlichkeit zu schaffen und die Zusammenlegung der politischen Gefangenen durchzusetzen. Die Staatsschutzangriffe auf die politischen Gefangenen, ihre Angehörigen, AnwältInnen und der erneute Versuch, die Forderung nach Zusammenlegung zu kriminalisieren, sind für uns ein Baustein der globalen Politik des Kapitals, ihre „Neue Weltordnung" durchzusetzen.
Sie wollen ein Europa, das nach den Verwertungsinteressen des internationalen Kapitals organisiert ist. Hierzu schaffen sie sich einen gemeinsamen Unterdrückungsapparat (Schengen und TREVI), um die Ausbeutung in Europa und weltweit abzusichern. Ein Europa, in dem sich nicht nur die Lebens- und Arbeitsbedingungen der dort lebenden Menschen weiter verschärfen, sondern das vor allem in die Lage versetzt werden soll, als Weltmacht die Ausbeutung des Trikont und Osteuropas neu zu organisieren.
Dagegen regt sich Widerstand, nicht nur hier, sondern auch in Spanien, Euskadi (Baskenland), Kurdistan, Nordirland, Frankreich und vielen anderen Ländern.
Die Kampagne gegen die politischen Gefangenen ist auch ein Angriff auf alle, die sich in der BRD gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung wehren, die sich nicht entmutigen lassen und weiter kämpfen. Sie versuchen, die Gefangenen als Geisel gegen uns zu benutzen, wollen uns dadurch einschüchtern, um uns politisch handlungsunfähig zu machen. Diese Aktion ist Ausdruck davon, daß ihr Kalkül nicht aufgeht. Wir sind heute hier und werden immer wieder da sein, wenn's darum geht, gegen Unterdrückung und Folter zu kämpfen.

Wir fordern vom schleswig-holsteinischen Justizminister Klingner:
— die Zusicherung, daß die Kleinstgruppe in Lübeck nicht auseinandergelegt wird, sondern um die Gefangenen erweitert wird, die das für sich fordern
— Zusammenlegung der politischen Gefangenen in ein oder zwei große Gruppen
— Zusammenlegung aller Gefangenen, die darum kämpfen
— Freilassung der haftunfähigen Gefangenen
— freie Arztwahl
— freie Kommunikation

Aufruf für einen Aktionstag zu kämpfenden Gefangenen während der Aktionswoche zu „500 Jahre Kolonialismus — 500 Jahre Widerstand" im Oktober '91

Wir machen diesen dezentralen Aktionstag mit verschiedenen Aktionen und Veranstaltungen in den jeweiligen Städten, weil wir wollen, daß sich in den Knästen was verändert und daß die Herrschenden mit ihrem Größenwahn nicht alles gegen die Gefangenen durchziehen können. Zusammen mit den Gefangenen und vielen Gruppen wollen wir die Zusammenlegung der politischen Gefangenen in große Gruppen durchsetzen. Wir wollen verhindern, daß ihre Isolation immer härter wird, untereinander, im Knast und nach draußen. Mit ihnen verbindet uns eine gemeinsame Geschichte. Wir wollen Bedingungen, unter denen eine Diskussion mit ihren möglich ist, und darüber hinaus ihre Freiheit.

Die Medienhetze und die Verschärfung der Haftbedingungen in den letzten Monaten (verschärfte Zensur, immer wieder Zellendurchsuchungen, Verfahren gegen Rechtsanwälte/innen, Drohungen gegen die Kleingruppen . . .) zeigen, daß die Herrschenden weiter versuchen, die gefangenen Revolutionäre/innen mit der Isolationshaft zu vernichten. Die wenigen Verbesserungen, die im Hungerstreik '89 erkämpft wurden, werden nach und nach zurückgeschraubt. Die Forderungen stehen jedoch nach wie vor: Zusammenlegung in ein oder zwei große Gruppen, Freilassung aller Haftunfähigen, freie Kommunikation mit allen gesellschaftlichen Gruppen.

Wir wollen auch mit anderen Gefangenen zusammen kämpfen, die versuchen, ihre Situation zu verändern, die das ganze Knastsystem von Differenzierung und Repression nicht mehr ertragen wollen. Abschottung zwischen den einzelnen Stationen und Häusern, gegen die rassistischen Schikanen. Menschen aus Staaten des Trikont sitzen hier im Knast, um nach ihrer Haftzeit abgeschoben zu werden, wo dann evt. die Todesstrafe auf sie zukommt. In den letzten zwei Jahren gab es Revolten, Dachbesteigungen und andere Aktionen quer durch das ganze Land. Die Revolten wurden brutal niedergeschlagenen, die kämpfenden Gefangenen über zig Knäste verstreut und isoliert. Jetzt sollen Strafprozesse gegen viele von ihnen beginnen.
Unser Kampf richtet sich grundsätzlich gegen jedes Knastsystem, das zur Aufrechterhaltung der herrschenden Verhältnisse dient.

Es geht uns darum, Lösungen zu entwickeln, die an den Lebensinteressen der Unterdrückten und Ausgebeuteten orientiert sind. Um gegen die Politik der Herrschenden durchzukommen, brauchen wir eine kontinuierliche Mobilisierung genauso wie den Austausch- und Diskussionsprozeß zwischen den einzelnen Gruppen, den Menschen in den einzelnen Städten — bundesweit. Wir organisieren mit möglichst vielen Städten Initiativen, die diese Entwicklung vorantreiben sollen! Eine Idee ist, im Winter in Bonn eine Demo/Blockade vor dem Bundeskanzleramt zu organisieren, um einigen Verantwortlichen auf den „Pelz" zu rücken.

Aber jetzt wollen wir erstmal den Aktionstag machen.
Wir machen diesen Aktionstag innerhalb einer Woche zur Mobilisierung für die „KAMPAGNE 92".

1992 jährt sich die „Entdeckung Amerikas" durch europäische Kolonialisten zum 500. Mal. Die Herrschenden in den reichen Industrieländern nehmen das Datum zum Anlaß für höhnische Feierlichkeiten und wollen gleichzeitig mit dem EG-Binnenmarkt und dem Weltwirtschaftsgipfel in München die bestehende Weltwirtschaftsordnung festigen und ausbauen. Außerdem finden im Jahr '92 die Weltausstellung in Sevilla, die Olympiade in Barcelona und die Weltumweltkonferenz in Brasilien statt.

Die Kampagne '92 soll den Widerstand dagegen zusammenfassen — die Gefangenen und der Kampf um sie sind Teil dieses Widerstands.

Solange es Ausbeutung und Unterdrückung gibt, gibt es Kämpfe in den unterschiedlichsten Formen dagegen. Diese Kämpfe sollten immer durch Gefangennahme, Folter und Mord geschwächt werden. Eines der ersten drei Gebäude, welches die Kolonialisten in den neu eroberten Gebieten errichteten, war der Knast. Auch die subtiler gewordenen Methoden der Unterdrückung und des Neokolonialismus verzichten nirgendwo auf der Welt auf den Knast, das Einsperren von Menschen, die die von den Herrschenden festgelegten Werte und Gesetze zum Schutz *ihrer* Interessen nicht bedingungslos anerkennen. Neben Gefangenen aus organisierten Widerstandsgruppen und Befreiungsbewegungen sitzen Millionen Ausgebeutete in den Knästen, weil sie nicht weiß sind, Frauen sind, weil sie das „heilige" Privateigentum nicht respektieren oder das Gewaltmonopol des Staates mißachten.

Die internationale Solidarität kann gerade hier in der BRD u. a. direkt im Kampf gegen die Haftbedingungen und das Knastsystem praktisch werden.

Das „Modell Stammheim", das wissenschaftlich erforschte System unblutiger Folter, wird in alle möglichen Länder exportiert, und die BRD-Regierung sorgt innerhalb der EG dafür, daß die Isolation der politischen Gefangenen einheitlich Standard wird. So wird z. B. in der Türkei unter BRD-Anleitung teilweise die offene, blutige Folter durch die weiße Folter ersetzt, mehrere Hochsicherheitsknäste mit Isolationstrakten wurden errichtet. In Peru wurden unter BRD-Anleitung schon vor Jahren Knäste nach Stammheimer Modell gebaut. In Spanien sind die gefangenen Kollektive von GRAPO/PCE(r) auseinandergerissen und die Einzelisolation trotz eineinhalbjährigem Hungerstreik durchgezogen worden. Die Gefangenen von Action Directe in Frankreich befinden sich seit dem 2. 1. 91 in einer Hungerstreikkette für ihre Zusammenlegung. Gemeinsam mit den Genossen und Genossinnen aus den Ländern des Trikont und den reichen kapitalistischen Ländern wollen wir an diesem Aktionstag unsere internationale Solidarität mit ihren Kämpfen, mit allen Gefangenen zum Ausdruck bringen:
— Mumia Abu-Jamal in der Todeszelle in den USA
— die puertoricanischen Kriegsgefangenen
— die kurdischen und irischen Gefangenen in der BRD und weltweit
— die Gefangenen aus RAF und Widerstand in der BRD.

Diese Parole muß über diesen Aktionstag hinaus praktisch werden:
Hoch die internationale Soliarität!

Köln. 10. 10., 18 Uhr, Amerika Haus, Demonstration „Schluß mit Folter und Unterdrückung — Solidarität mit den kämpfenden Gefangenen weltweit"
Köln. 12. 10., 20 Uhr, „Rhenania" Bayenwerft, Solidaritätsfest mit den kämpfenden Gefangenen; Film: über Mumia Abu-Jamal. Unkostenbeitrag 3 DM.

„Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung", ein neues Instrument des Staatsschutzes

Wir haben in der Vergangenheit einige Male etwas zur Staatsschutzkampagne gegen die politischen Gefangenen gesagt, haben Zusammenhänge versucht aufzuzeigen, haben versucht, darauf hinzuweisen, worum es hierbei geht. Hier und heute scheint es uns wichtig, einmal etwas mehr über den Hintergrund zu sagen und uns etwas genauer mit einem Instrument zu befassen, das sich die „Sicherheitsbehörden" der BRD inzwischen geschaffen haben: die „Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung" (KGT).

Bereits in der Vergangenheit war es das Bestreben bundesdeutscher „Sicherheitsorgane", die von der Verfassung vorgeschriebene Trennung von Polizei, Justiz und Geheimdiensten aufzuheben oder doch zu umgehen, um so endlich jener „Sicherheitsphilosophie" Rechnung zu tragen, für die Namen wie Horst Herold oder andere stehen — die möglichst perfekte Überwachung und Bekämpfung aller, die nach ihrem Verständnis eine „Gefahr" für den Staat sein könnten. Ihren praktischen Ausdruck erhielten solche Überlegungen mehrfach in sog. „Krisenstäben", von denen der denkwürdigste und bekannteste wohl jener von 1977 war, in dem schließlich unter dem damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt „alle nur denkbaren" (O-Ton Schmidt) Überlegungen angestellt wurden, bis hin zur Erschießung, sprich Liquidierung von Gefangenen aus der RAF.

Die durch Beschluß der Innenministerkonferenz (IMK) vom 3. 5. 91 ins Leben gerufene KGT — nach offizieller Darstellung sind hier zusammengefaßt BKA, BAW, BfV sowie Vertreter der Bundesländer (Polizei und Verfassungsschutz) — ist nunmehr in konsequenter Fortführung die auf Dauer angelegte Fortsetzung dieser Praktiken, mit anderen Worten: die verrechtlichte Institution des permanenten Ausnahmezustandes nach innen. Hierbei sieht man Aufgaben und Befugnisse wie folgt:

1. „Koordinierung, Konzentration und Bündelung der Bekämpfungsmaßnahmen in Gemeinsamkeit von Bund und Ländern sowie die konsequente bundesweite Durchführung aller Maßnahmen"
2. Die „Bekämpfungsmaßnahmen" sollen u. a. an folgenden „tragenden Grundsätzen" ausgerichtet sein:
— „Einbeziehung aller Sicherheitsbehörden sowie der Justiz" von Bund und Ländern
— „Intensivierung des Informationsaustausches zwischen Polizei und Verfassungsschutz auf Bundes- und Landesebene unter voller Ausschöpfung des rechtlich Zulässigen."
— Erstellung „fortlaufend zu aktualisierender" und vereinheitlichter „Landes- und Bundeslagebilder unter möglichst umfassender Verwertung der Erkenntnisse sämtlicher Sicherheitsbehörden sowie des Justizbereiches". Aus diesen Lagebildern sollen „zielgerichtete", aber auch „taktische Maßnahmen" erfolgen.
— „Vollständige Erfassung, zügige, ggf. koordinierte Auswertung und schnelle Weiterleitung an alle zuständigen Sicherheitsbehörden sämtlicher in Verbindung mit den inhaftierten terroristischen Häftlingen anfallenden zur Bekämpfung des Terrorismus relevanter Informationen"
— „Volle Ausschöpfung des rechtlichen Rahmens ... bei der Durchführung verdeckter und systematischer Fahndungsmaßnahmen, des Konzeptes 106 sowie bei Maßnahmen zur Aufklärung des weiteren terroristischen Umfeldes, auch unter Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel durch den Verfassungsschutz."

Im Zusammenhang mit dem Fahndungskonzept Gespräche und Beratung mit Vertretern der Wirtschaft.

Um dies alles optimal durchsetzen zu können,
— sollen „zur Gewinnung von Erkenntnissen" über die Aktivitäten des Umfeldes der Einsatz von verdeckten Ermittlern erfolgen. „Die Aufklärung und Informationsgewinnung" soll „in allen terrorismusrelevanten Bereichen, besonders in den Rekrutierungsfeldern durchgeführt werden. Angesetzt werden muß insbesondere bei den Personen mit Nahtstellenfunktion."
— sollen „die Möglichkeiten der Ausschreibung zur polizeilichen Beobachtung ... bundesweit nach einem einheitlichen Mindeststandard konsequent genutzt werden"
— soll das Fahndungskonzept K 106 „bundesweit konsequent umgesetzt und laufend aktualisiert werden". Der Verfassungsschutz kann dabei „in Abstimmung mit der Polizei beteiligt werden."
— sollen alle „gefährdungsrelevanten Erkenntnisse, insbesondere aus dem POS und den Maßnahmen nach K 106 ... in einer bundesweiten Datei verarbeitet werden". Dafür sei „die Einrichtung einer Spurendokumentationsdatei POS/K 106 erforderlich",
— soll die Häftlingsüberwachung verschärft werden. „Dabei ist der Justiz, insbesondere den Leserichtern, bei der Überwachung der Häftlingspost die sachkundige Unterstützung der Polizei und des Verfassungsschutzes anzubieten. Die Justiz wird gebeten sicherzustellen, daß sachdienliche Erkenntnisse sofort an die Polizei und Verfassungsschutzbehörden übermittelt werden",

— soll eine „ständige und anlaßbezogene Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zur Sensibilisierung der Bevölkerung" erfolgen,
— soll die „internationale Zusammenarbeit" weiter entwickelt und ausgebaut werden.

Weiter hält es die IMK „für erforderlich, in der Strafprozeßordnung gesetzliche Grundlagen für moderne Ermittlungsmethoden zu schaffen". Fehlen darf natürlich nicht die Forderung der IMK, daß den Sicherheitsbehörden für diese Tätigkeit „ein Zugangsrecht zu denjenigen Stasi-Unterlagen und Archivmaterialien der ehemaligen DDR, insbesondere der SED, eröffnet wird, „die sie benötigen, um Vebindungen zwischen terroristischen Aktivitäten und dem ehemaligen MfS / AfNS zu erforschen".

dokumentiert aus „Neues Deutschland", Juli 1991

Auf die politischen Gefangenen bezogen heißt dies also nichts anderes, als daß es möglich sein soll, **jede** Lebensäußerung geheimdienstlich direkt oder indirekt zu überwachen, nach eigenen Zwecken „auszuwerten" und entsprechend zu verwenden. So zu verwenden, wie dies im Zuge eben jener Kampagne getan wurde: verdrehen, verfälschen, manipulieren. In aller Klarheit hat die jüngste Vergangenheit gezeigt, was beabsichtigt und was bereits möglich ist. Ob es um alt-neue Märchen von der angeblichen „Zellensteuerung", um angebliche „Ausbruchspläne" oder die lancierten Angriffe auf die Verteidiger der Gefangenen geht, geplant ist nichts anderes, als die Öffentlichkeit entsprechend zu manipulieren und zu bestimmen, was und worüber geredet wird und werden darf. Und man muß sich einmal in aller Schärfe klarmachen, daß die Tatsache, daß dies derart funktionierte, daß fast jede Zeitung ebenso wie Rundfunk und Fernsehen durch entsprechende, tendenziöse Berichte mitzog, vor allem zwei Dinge zeigt: 1. die Macht und Möglichkeiten eines Sicherheitsapparates bei der Manipulation der Bevölkerung und 2. die Mitarbeit der Medien hierbei unter völliger Ausschaltung der eigenen, aber gern zitierten Ansprüche. Da wurde nicht hinterfragt, nachgefragt, sondern das „berichtet", was der Staatsschutzapparat berichtet haben wollte. Und selbst als sich diverse Konstrukte als allzu offensichtlich und durchschaubar erwiesen, änderte sich an dieser Haltung nichts, erfolgte nicht etwa ein Aufschrei oder auch nur ein leises Nachfragen zumindest jener, die sich sonst gern als die wahren Hüter von Demokratie und Verfassung, als „4. Gewalt" verstehen. Um so leichter denn auch, jene zu disziplinieren und zu kriminalisieren, die dennoch wagen, die Lügen und Verdrehungen beim Namen zu nennen. Und auch wenn dies eigentlich klar ist, muß man es noch einmal in dieser Deutlichkeit sagen: Hier handelt es sich nicht etwa um „einmalige Entgleisungen" oder wie dies oft abgetan wird, sondern um ein methodisches, durchdachtes, auf Dauer angelegtes Konzept. Ein Konzept, das es jederzeit ermöglichen soll, die Manipulation der Öffentlichkeit wie auch die Isolierung und Kriminalisierung der politischen Gefangenen durchzuziehen, wann immer es jenen Sicherheitsstrategen paßt. Deutlicher geht es kaum noch.

Seine konsequente Fortsetzung findet dies in jenem Bereich, der sich gegen alle richtet, die sich der herrschenden Meinung nicht unterordnen und die sich noch nicht innerhalb der bundesdeutschen Gefängnisse befinden. Was hier „polizeiliche Beobachtung" oder „Aufklärung und Informationsgewinnung" in der Praxis bedeuten, haben einige bereits erleben können. Und es bestimmt ausschließlich jener Staatsschutzapparat, wer wo in welchem Maße „verdächtig" oder was auch immer ist — von einem Polizeistaat zu sprechen, scheint geradezu antiquarisch. Da wird die Verschärfung und „Neuregelung" diverser Sicherheitsgesetze gefordert und z. T. bereits verwirklicht auf dem Hintergrund einer insgesamt restriktiven Innenpolitik, man denke nur an bereits verabschiedete neue Gesetze gegen Ausländer, entsprechende Meinungsmache gegen Asylsuchende, zunehmenden Rechtsradikalismus und anderes mehr. Neudeutsche Befindlichkeit? Ein Apparat, hinter dem eine bestimmte Art von Politik, ein bestimmtes Verständnis von Menschen steht, macht mobil — und wo sind all jene, die für sich in Anspruch nehmen, selbst zu denken, sich nicht manipulieren zu lassen? Es scheint, als sei von den meisten (noch) nicht wirklich begriffen, worum es hier eigentlich geht, welche Dimension dies alles hat — dann aber wird es höchste Zeit.

Wenn die Gefangenen seit langem und immer wieder die politische Auseinandersetzung fordern, dann auch und gerade weil sie Entwicklungen sehen, es wichtig finden, daß hierüber Auseinandersetzung stattfindet. Und weil die Auseinandersetzung andererseits an den Gefangenen nicht vorbeikommt, sie hiervon ein Teil sind und sein müssen. Das Projekt Freilassung existiert nicht im luftleeren Raum, sondern ist auch Teil und Ausdruck einer Politik, für die die Gefangenen stehen. Und es ist gerade jene Politik, es sind die Gefangenen als Faktor, den jene selbsternannten „Hüter der Sicherheit" ausschalten möchten — hierfür haben sie einmal mehr den Beweis geliefert. Und niemand sollte dem Irrtum erliegen, er sei hiervon ja nicht oder noch nicht betroffen, wie so oft schon könnte sich das als fatale Fehleinschätzung erweisen. Hier und jetzt sind alle gefordert, die diese Art von „Sicherheit" nicht wollen, und es ist schlimm genug, wenn sich heute derartige Vorstöße wie die KGT und das dahinter stehende Konzept weitgehend unbeachtet und ohne größeren Widerstand unmsetzen lassen. Zu verhindern, daß derartige Vorstöße sich auf Dauer etablieren können, heißt auch: die Zusammenlegung der Gefangenen, die wirkliche Information und Möglichkeit der Auseinandersetzung gemeinsam mit den Gefangenen durchsetzen — gegen jene Strategen der Isolation, Manipulation und Unterdrückung. Vielleicht hat niemand von uns das entsprechende Konzept in der Tasche, aber darum geht es auch nicht. Sondern darum, daß wir dies im gemeinsamen Prozeß erarbeiten und dabei nicht loslassen, auch und gerade dann, wenn die Zeiten nicht gerade „rosig" sind.

Brief von Günter Sonnenberg

Bruchsal, 17. September 1991

warum ich heute schreibe, hat einen besonderen grund:

hier steht wieder das an, was wir schon mehrfach mitgekriegt haben: einer, der öfter mit uns zusammen ist, wird zwangsverlegt. diesmal ist die zwangsverlegung noch nicht gemacht, sondern lediglich angekündigt.

aber von anfang an:

es handelt sich um bernd meyer; er wurde nach dachbesetzung in hamburg „santa fu" nach baden-württemberg zwangsverlegt und hier auf karussell gesetzt. das heißt, er wurde alle paar wochen von einem knast in den anderen verschubt.

seit november (oder anfang dezember) ist er nun in bruchsal — und hier im 4. flügel.

anfang august hatte der die 2/3-entscheidung (er ist das erste mal im knast); das landgericht karlsruhe (eisenmann) lehnte die 2/3 unter anderem auch mit den kontakten zu uns drei ab.

vor einigen wochen fragte ihn dann preusker (Anstaltsleiter in Bruchsal — die Red.), ob er nicht wieder nach hamburg verlegt werden wolle; das jahr wäre jetzt rum — und er — preusker — würde seine verlegung nach hamburg fuhlsbüttel unterstützen.

bernd lehnte ab. er hat jetzt hier kontakte hergestellt — hatte hier auch einen arbeitsplatz, wäre er bei 2/3 rausgekommen — und will vorläufig hier im süden bleiben. und deshalb stellt er auch keinen antrag auf verlegung nach hamburg, also das, was preusker offensichtlich haben wollte.

preusker paßte das offensichtlich nicht.

gestern wurde bernd nun mitgeteilt, daß er in den allernächsten tagen wieder von bruchsal wegverlegt werden wird. eine begründung weiß er nicht, lediglich den fakt und die mitteilung. das war ihm von sozialarbeiter sperling gesagt. bernd solle sagen, in welchen bawü (baden-württembergischen — die Red.) knast er will, er müsse auf jeden fall wieder von bruchsal weg. eine begründung, warum, sagte er ihm nicht.

es gibt auch keine legitime begründung für die weitere zwangsverlegung. seit der dachbesetzung in hamburg ist mehr als ein jahr vergangen. die zwangsverlegungen, die früher damit begründet wurden, können jetzt so nicht mehr gemacht werden. das war offensichtlich auch der grund, warum preusker ihm nahelegte, einen antrag auf verlegung nach hamburg zu stellen (was bernd nicht machte): preusker wollte ihn hier auf diesen einfachen weg loswerden. und da bernd nicht mitmachte, kommt jetzt wieder der hammer und die peitsche: zwangsverlegung und wieder karussellfahren.

und es geht ihnen dabei noch um mehr:

für solche juristen wie preusker ist es offensichtlich ein dorn im auge, daß er sieht, daß wir zu viert (bernd, thomas brunner, christian und ich) — carlos ist an den wochenenden noch dabei) gemeinsam gespräche und sport auf dem hof machen.

preuskers größtes feindbild ist, daß sich unter gefangenen ansätze von gemeinsamkeit und kollektivität entwickeln.

die sache ist noch nicht entschieden, denke ich. das ist auch der grund für diesen brief.

es geht einfach drum, deutlich zu machen, daß diese zwangsverlegung öffentlich und publik gemacht werden wird. es wird das gegenteil ihrer „heimlich-still-und-leise-politik" sein.

liebe grüße von uns — und bis bald

günter

Antrag auf Genuntersuchung von der BAW zurückgezogen

Im letzten Info veröffentlichten wir einen Brief von Heidi Schulz, in dem sie u. a. über die Absicht der Bundesanwaltschaft schrieb, bei Ingrid Jakobsmeier und Christian Klar eine Blutentnahme für eine Gen-Untersuchung durchzuführen.

Wie wir erst jetzt erfahren haben, hat die Bundesanwaltschaft jetzt diesen Antrag zurückgezogen. Trotzdem ist es sehr wichtig, darauf weiter zu achten und aufzupassen, weil nicht auszuschließen ist, daß sie zu einem anderen Zeitpunkt bei diesen beiden oder auch anderen Gefangenen erneut damit kommen.

Zur aktuellen Situation im Iren-Prozeß

Wir wollen hier kurz etwas zu den neuesten Entwicklungen im Prozeß gegen unsere irischen Genossen Gerry Hanratty und Gerry Mc Geough sagen.

Gleich zu Anfang betonen wir noch einmal, daß Gerry Hanratty leider nicht „frei" ist. Aufgrund eines ungenauen Artikels der TAZ haben dies einige GenossInnen aus dem Widerstand hier fälschlicherweise angenommen.

Doch jetzt im Detail:

Der Haftbefehl in bezug auf den Anschlag gegen die britische Rheinarmee im Juli 88 in Duisburg ist im Moment gegen beide Gerrys aufgehoben. Die Beweise schienen dem Gericht wohl doch zu dürftig. Bereits im März 90 wollte der 6. Strafsenat in Düsseldorf diese Anklage überhaupt erst nicht zulassen. Doch die Bundesanwaltschaft setzte sich damals durch. So versuchte sie es auch jetzt wieder: Sie hat gegen die Aufhebung dieses Haftbefehls Beschwerde beim Bundesgerichtshof eingelegt. Außerdem versuchte sie nun auch Anschläge, die außerhalb der BRD verübt wurden, mit einzubeziehen. Damit ist sie diesmal jedoch nicht durchgekommen.

Die Aufhebung des Haftbefehls in bezug auf den Duisburger Anschlag war evident geworden, nachdem das von dem berühmt-berüchtigten Ockelmann erstellte sog. Schriftgutachten von zwei anderen SchriftgutachterInnen des BKA völlig widerlegt worden war. Mit viel Phantasie und einem „Gefühl", das er sich — nach eigenen Worten — über die Jahre erworben hatte, brachte Ockelmann das Kunststück fertig, aus einigen wenigen Buchstaben auf einem Nummernschild die Handschrift der beiden Gerrys zu erkennen.

Doch erst über Ockelmanns Pseudo-Gutachten und andere ähnlich dünne „Beweise" war es möglich, die beiden Gerrys seit drei Jahren in U-Haft zu behalten.

Obwohl es bisher keine konkreten Aussagen über die Arbeitsweise von IRA Active Service Units in Europa gibt, ist bisher doch erreicht worden, die IRA als „terroristisch" zu diffamieren. Es bleibt noch abzuwarten, wie dies in kommenden anderen Prozessen gegen irische Gefangene hier in der BRD verwendet wird.

Obwohl Gerry Hanratty aus der U-Haft entlassen ist, wurde er sofort in Auslieferungshaft genommen, d. h. konkret: Er ist immer noch im Knast in Düsseldorf, und seine Haftbedingungen haben sich eher noch verschärft. Seine Besuchszeit wurde so weit gekürzt, daß in den kommenden Monaten faktisch fast nur noch Angehörige ihn besuchen können.

Gerry wird im Nordosten Irlands der „Besitz von Waffen in der Absicht, Leben zu gefährden oder schwere Sachbeschädigung zu begehen" vorgeworfen. Diese Anklage beruht auf einen Vorfall im Jahre 1986, für den es weder Augenzeugen, belastende Aussagen noch Fingerabdrücke gibt. Damals lebte er offen in Belfast, wo er sich nach einer U-Haft regelmäßig bei der RUC, den nordirischen B., melden mußte. Dann zog er in den Süden Irlands, wo er wiederum offen lebte und sogar Sozialhilfe bezog. Von der südirischen Polizei wurde er zwar fünfmal verhaftet und wieder rausgelassen, aber nie stand eine Auslieferung in den Nordosten Irlands auch nur zur Debatte ... bis er 1988 an der deutsch-holländischen Grenze festgenommen wurde. Die Anklage in der BRD gegen Gerry stand von Anfang an auf wackeligen Füßen. Und dies ist wahrscheinlich ein Grund, weshalb die RUC einen neuen Haftbefehl gegen ihn zusammen mit einem Auslieferungsgesuch erstellte. Es scheint, daß sie unter allen Umständen Gerry im Knast behalten wollen.

Das Oberlandesgericht München wird in den nächsten Wochen oder Monaten über Gerrys Auslieferung entscheiden. Das Münchner Gericht muß sich jedoch noch eine plausible Begründung innerhalb des Auslieferungsabkommens zwischen der BRD und Großbritannien einfallen lassen. Es dürfte ihm vor allem schwerfallen, Gerry ein faires Gerichtsverfahren vor einem pro-britischen Sondergericht in Belfast (Diplock-Court) ohne Jury und mit nur einem Richter zu garantieren. Außerdem kann es wohl kaum die offensichtlichen Folterpraktiken im Verhörzentrum Castlereagh — denen Gerry bei einer Auslieferung ausgesetzt wäre — ignorieren. Immerhin hat sich Amnesty International bereits dagegen geäußert. Gerry wurde auch inzwischen gerichtlich bestätigt, daß er in Long Kesh gefoltert und von Hunden gebissen wurde.

Die drohende Auslieferung sehen wir vor dem Hintergrund, daß sich Westeuropa zur einheitlichen Macht zusammenballt, mit Großdeutschland an der Spitze. Im Europa des Kapitals und der B. soll es keinen Widerstand und keine Befreiungsbewegungen mehr geben, nur noch „Terroristen". So ist es schon im „Europäischen Übereinkommen zur Bekämpfung des Terrorismus" von 1977 angelegt, nachdem antiimperialistische und nationale Befreiungsbewegungen über einen Katalog von „Straftatbeständen" zu „Terroristen" erklärt werden. Über dieses Konstrukt wird der politische Auslieferungsschutz genommen. Die HERRschenden wollen politische Gefangene hin- und herschieben, wie es gerade ihren Interessen dient.

Für Gerry Mc Geough wurde ein neuer Haftbefehl erlassen. Angeblich soll er bei dem Anschlag in Mönchengladbach auf das Hauptquartier der NATO und gleichzeitig der britischen Rheinarmee beteiligt gewesen sein. Ihm wird jetzt u. a. „vielfacher Mord" sowie Beschädigung von Gebäuden und Sachen, die der „Landesverteidigung" dienen, vorgeworfen. Nach vorläufiger Bewertung sei er angebliches „IRA-Mitglied". Gerry hat jedoch desöfteren erklärt, daß er mit dem Anschlag in Mönchengladbach nichts zu tun hat.

Eine weitere ernste Dimension bekommt das ganze durch die Benutzung angeblicher Asylpapiere aus Schweden als sogenannte „Beweise" für seine angebliche „IRA-Mitgliedschaft". Es ist schon eine Farce auf die Menschlichkeit, daß ein Asylsuchender damit rechnen muß, daß der Inhalt seines Asylantrages eines Tages in einem öffentlichen Prozeß als „Beweis" gegen ihn verwendet wird. Die „schwedischen Papiere" sind inzwischen in mehreren europäischen Ländern herumgereicht worden.

Dies paßt zu der politischen Absicht der skandinavischen Regierungen und Industrieverbände, Mitglied in der EG zu werden, was auch Verträge wie das Schengener Abkommen — dem Schweden sich jetzt angeschlossen hat — und die Arbeit in der TREVI-Gruppe umfaßt.

Seit Januar dieses Jahres gibt es auch für Gerry Mc Geough von den USA einen Auslieferungsantrag. Er wurde gerade dann gestellt, als auch die Anklage wegen „Mönchengladbach" in sich zusammenfallen drohte.

Wie die irischen Kriegsgefangenen in britischen und nordirischen Knästen sind auch die beiden Gerrys Geiseln im Krieg Britanniens gegen den irischen Befreiungskampf.

Die BRD ist darin Partei — um jeden Preis.

1. Prozeßtag nach Ende der Sommerpause

Am 2. September sind wir, einige Leute aus Bärlin, fast alles Frauen, zusammen nach Düsseldorf gefahren. Trotz Körperkontrolle konnten wir eine Flöte mit in den Prozeßbunker reinschmuggeln. Zum Geburtstag von Gerry (Mc Geough) spielten und sangen wir lautstark „und weil der Mensch ein Mensch ist . . ." von Bert Brecht. Beide Gerrys haben sich wirklich gefreut, etwas Leben in diesem trostlosen, sonnenlicht- und frischluftabgeschirmten Prozeßsaal zu bekommen. Es ist einfach besser, mit mehreren zusammen zu fahren.

Gerry verlas dann eine lange Erklärung zu irischer Geschichte.

Am gleichen Tag noch rückte Steffen, Vorsitzender Richter in Düsseldorf, mit der „Begründung" der Sperrverordnung des Innenministeriums raus, warum die B.-Zeugen von BKA und LKA ihre Adressen nicht angeben müssen. Eine Gefahr gegen ZeugInnen würde angeblich nicht nur von der IRA ausgehen, sondern ebenfalls von ProzeßbesucherInnen. Noch heftiger als bereits zuvor wurden gerade die Soligruppen angegriffen. Die Tatsache z. B., daß es eine Kundgebung und ein Plakat zum Prozeßbeginn gegeben hatte, wurde „großzügig" in einem Atemzug genannt mit den Schüssen an der Startbahn. Auch die Aktion der RAF gegen Neusel wurde erwähnt und vieles, vieles mehr. Über diese (noch) verbalen Angriffe muß noch genauer diskutiert werden, und eine Einschätzung fehlt noch.

Gemeinsame Erklärung von Ralf und Knud

Den uns vorgeworfenen Anschlag auf die Bahnstrecke in Pinneberg haben wir nicht begangen. Aus unserer persönlichen und politischen Geschichte als Teil der radikalen Linken ist so ein Anschlag auch völlig

ausgeschlossen.

Wir treten für eine Gesellschaft ein, in der sich alles an den Fähigkeiten und Bedürfnissen des Menschen orientiert. Das steht im klaren Gegensatz zu der herrschenden Gesellschaftsordnung, in der der Mensch zum Objekt der sinnentleerten Profitmaximierung entwürdigt wird.

Eine Aktion, die irgendwelche Menschen, in irgendeinem Zug, zu irgendeiner Zeit gefährdet, wäre das genaue Gegenteil zu unserem Denken. Der Anschlag auf die Bahnstrecke ist nichts als terroristisch — schon deshalb gibt es für uns keinen Grund, etwas derartiges zu tun. Er reiht sich vielmehr ein in die Geschichte von terroristischen Anschlägen wie das von Faschisten auf das Oktoberfest 1980 in München verübte Attentat. Oder wie der vom Verfassungsschutz inszenierte Anschlag auf den Hamburger Hauptbahnhof 1975. (*)

Der Grund, daß wir trotzdem im Gefängnis sitzen, ist rechtlich gesehen der, daß die Beamten des Landeskriminalamtes Hamburg Thoms und Martens aussagen, sie hätten uns an der Bahnstrecke mit Betonplatten hantieren sehen. Diese Aussagen sind gelogen!

Aber das sind die Methoden, die Innensenator Hackmann meinte, als er gesagt hat, es geht bei der Flora-Park-Räumung auch darum, wer im Viertel das Sagen hat. Eben nicht die Menschen, die dort wohnen und wünschen, ihr Leben selbst zu gestalten. Sondern diejenigen, die von ihren noblen Villen aus Mensch und Natur nur als Manövriermasse für ihre kalten Profit-Pläne ansehen.

Unser Ziel jetzt ist, daß ihre Lügen entlarvt werden und wir rauskommen. Unser Ziel immer ist, die Herrschenden so oft es geht in ihren technokratischen Plänen zu stoppen und so viel von unseren Träumen zu leben, wie wir schaffen.

Itzehoe, im September 1991

Ralf Gauger, Knud Andresen

(*) Anmerkung der Redaktion: Sichere Erkenntnisse gab und gibt es nicht, wer der oder die tatsächliche/n Urheber dieses Terroranschlages war/en. Es lassen sich nur Vermutungen anstellen. In einer massiven Medienpropaganda wurde damals ein — völlig absurder und ausschließlich Propagandazwecken dienender — Zusammenhang mit der RAF oder der Bewegung 2. Juni behauptet. In der „Frankfurter Rundschau" wurde dann eine Erklärung der Stammheimer Gefangenen aus der RAF vom 23. 9. 75 veröffentlicht, in der es u. a. hieß: „inzwischen hat ein bericht in der frankfurter rundschau bestätigt (20. 9.), daß die counterprojekte des staatsschutzes seit 72 — (bombendrohung gegen stuttgart, drohung mit trinkwasserverseuchung, gelbkreuzdiebstahl, sam-raketen auf fußballstadien, bombenanschlag im hauptbahnhof in bremen und jetzt hamburg) — nach dem konzept der cia-zentrale entwickelt sind. die fr teilt nur authentisch mit, was man lange weiß: der giftgaseinsatz in u-bahnschächten und die trinkwasserverseuchung in großstädten sind countertaktiken des special warfare der ‚psychologischen aktion' imperialistischer nachrichtendienste und counterguerilla-einheiten.

im moment ist die frage nicht zu klären, ob der anschlag in hamburg das verbrechen eines einzelnen war, ob er von der nachrichtendienstlich geführten rechtsradikalen gruppe in bremen durchgeführt wurde, ob er vom staatsschutz direkt oder von der seit stockholm bei der amerikanischen botschaft in bonn etablierten spezialeinheit des cia für counterinsurgency initiiert worden ist . . ."

Bericht von der Knastkundgebung am 21. 9. zu Knud und Ralf in Itzehoe

Das war jetzt schon die fünfte Knastkundgebung seit ihrer Festnahme am 27. 7. Die Kundgebungen werden gemacht, um den beiden unsere Solidarität rüberzubringen *(Ralf ist inzwischen wieder von Kiel nach Itzehoe zurückverlegt worden)* und den Druck auszuüben, damit die beiden umgehend rauskommen. Schon auf der Fahrt von Hamburg nach Itzehoe konnte sich mensch an den zahlreichen Parolen erfreuen: Auf Bundesautobahnbrücken war zu lesen: „Freiheit für Knud und Ralf" und „Staatsschutzlügen haben kurze Beine". Anwesend waren wohl 130 bis 150 Personen. Als erstes und nicht zum letzten Mal wurde die Parole gerufen „Power durch die Mauer — bis sie bricht". Anschließend wurden namentlich die Gefangenen gegrüßt, die an die Rote Flora geschrieben hatten. Danach wurde von der Pressekonferenz berichtet, die kurz vor der Haftprüfung der beiden gemacht wurde. Anwesend waren neun VertreterInnen der Medien, von denen nur die taz-Hamburg von der Pressekonferenz berichtete. Danach berichteten die irischen Solidaritätsgruppen aus der BRD, die sich gerade in Hamburg getroffen hatten, von ihrer Arbeit: von den Prozessen gegen die Gerrys, die wohl noch bis zum Frühjahr hier Prozeß haben werden. Zu den Festnahmen der beiden meinten sie, daß sie dafür sorgen werden, daß die Festnahmen nicht auf regionaler Ebene abgehandelt werden sollen. Gut fand ich an ihrem Beitrag, daß sie die beiden auch selbst ansprachen. Also nicht nur Infos erzählten, sondern auch persönlich auf sie und die anderen Gefangenen eingingen: „Knud, was wir Dir jetzt berichten, verstehen nicht alle Mitgefangenen, übersetze es denen mal."

Von anderen Leuten wurde von dem laufenden Prozeß gegen Olaf, der wegen Teilnahme an der Demo am 9. 2. für den Hafen und gegen den Golfkrieg angeklagt ist, erzählt. Mitgeteilt wurde den beiden auch noch, daß es demnächst einen demonstrativen Umzug durch die Innenstadt von Hamburg geben wird, bei dem der „demokratischen Einigkeit" von Justiz, Staatsschutz und Presse ein „Konstrukt" vor die Füße geworfen werden soll. Zwischendurch wurden viele Lieder gesungen und Musik vom Band abgespielt. Die Kundgebung fand auf dem Parkplatz vor dem Knast statt. Die beiden waren ca. 50 Meter entfernt und konnten durch Winken aus dem Fenster zeigen, daß sie uns sehen und hören konnten (sprechen/rufen dürfen sie bei Androhung von Zwangsverlegung in einen anderen Knast nicht). Andere Gefangene übrigens auch. Trotz des einsetzenden Regens war die Stimmung gut. Die nächste Kundgebung ist am 6. 10.

Beim Haftprüfungstermin am 20. 9. weitete die zuständige Amtsrichterin den Haftbefehl gegen die beiden noch auf *„Mordversuch"* aus!

Demoaufruf „Wir machen Lügen kurze Beine": Am Samstag, den 5. 10., wollen wir einen demonstrativen Umzug durch die Innenstadt machen, bei dem der „demokratischen Einigkeit" von Justiz, Staatsschutz und Presse ein „Konstrukt" vor die Füße geworfen werden soll. Beginn ist 10 Uhr vor der Flora.

Aus einem Interview zum Aktionstag von von Frauen und Lesben im PKK-Prozeß in Düsseldorf am 3. Juli 1991

Erzähl uns doch jetzt etwas über die konkreten Prozeßbedingungen.

Über die selbst für liberal-bürgerliche Kreise skandalösen Prozeßbedingungen am Anfang brauch ich wahrscheinlich nicht ausführlich zu berichten: der Glaskäfig, die Prügelstrafen, die Zwangsverteidiger, die Isolationshaftbedingungen usw. Das Klima der letzten Monate hat sich nochmals verschärft. Der BRD-Staat braucht in diesem politischen Prozeß Sonderinstrumente zur Verurteilung einer Befreiungsbewegung, nach den Genfer Konventionen ist dieser Prozeß nicht möglich. Der erste Kronzeuge ist gar nicht erst vor Gericht erschienen, der zweite hat nach einer Weile festgestellt, daß er mit einem der Angeklagten verwandt ist, und daraufhin die weitere Aussage verweigert. Jetzt wird der dritte seit Monaten vernommen. Ohne ihn und auch mit ihm wird das Konstrukt der Bundesanwaltschaft endgültig zusammenbrechen.

Du mußt dir das so vorstellen: Der Gerichtsbunker im Keller ist nur durch zwei Drehkreuze und zwei automatische Türen erreichbar. Nach gründlicher körperlicher Durchsuchung wird dein Paß kopiert. Der Saal selber ähnelt einem Großraumbüro. Prozeßbeteiligt sind durchschnittlich 60 Frauen und Männer, dazu sitzen immer noch Gerichts- und Staatsschutzb. im Raum. Die Stimmung ist klirrend. Es gibt kein Bemühen mehr, irgendeine bürgerliche Fassade aufrecht zu erhalten. Es gibt faktisch kein Rederecht für die Angeklagten. Nach ein paar Sätzen werden sie immer unterbrochen. Die gesamte Verteidigung wird weitgehendst verhindert. In den letzten Wochen sind immer mehr Angeklagte ausgeschlossen worden und haben Ordnungshaft erhalten. Das wird der Verteidigung ebenso angedroht. Dahinter steht der Versuch, einen Geisterprozeß weiterzuführen. Es ist ein klarer politischer Sieg der PKK, der Kämpfe in Kurdistan und hier, daß die Anklage praktisch zusammengebrochen ist.

Warum macht Ihr einen Frauen- und Lesben-Aktionstag im Prozeß?

Unsere Solidarität gilt vor allem den kurdischen Frauen und ihren Kämpfen. Seit Beginn des Befreiungskampfes verändern die kurdischen Frauen stark ihre Bedingungen in der Familie. Sie kämpfen gegen die Agas, die sie ökonomisch ausbeuten, gegen alle Formen kolonialer Gewalt. Sie organisieren Streiks, Hungerstreiks, Demos, Sit-Ins, werfen Steine, rufen kurdische Parolen, organisieren die Volkskomitees und den Volksaufstand Serhildan, gehen vor Gericht, kämpfen im Knast weiter, und sie kämpfen gegen die Männer, die sie unterdrücken. Sie haben nichts zu verlieren, aber alles zu gewinnen. Auch im Prozeß waren zwei Frauen angeklagt. Yasemin Gedik war erst kurze Zeit aus dem türkischen Knast raus und hat durch die Folter einen kaputten Rücken. Sie wurde nur kurze Zeit später hier verhaftet. Inzwischen ist sie aus dem Verfahren daußen. Meral Kidir, die zweite Frau, ist momentan ausgeschlossen, wir hätten sie natürlich gerne besucht und unterstützt. Wir müssen hier gegen den Imperialismus kämpfen, so wie es die Frauen in den drei Kontinenten von einer anderen Seite aus machen. Wir haben eine gemeinsame Perspektive auf die Befreiung aller Frauen weltweit. Das sind die Gründe für uns gewesen, zu einem Aktionstag aufzurufen, um uns als Bewegung zu der Eröffnung der zweiten Front *(O-Ton der*

türkischen Regierung: „Eröffnung der 2. Front gegen die PKK in Westeuropa“; es sollten von hier aus die Strukturen und die Unterstützung des kurdischen Befreiungskampfes bekämpft werden) zu verhalten.

Wie ist der Tag konkret verlaufen?

Wir waren morgens gegen halb zehn gut 30 Frauen aus mehreren Städten der BRD: Hamburg, West-Berlin, Göttingen, Bielefeld, Gießen und der Schweiz. Du mußt wissen, daß die Übersetzung immer sehr schlecht ist. So wurde z.B. über eine Viertelstunde über die Begriffe Kontrolle und Aufsicht gerätselt, die einen gemeinsamen türkischen Begriff haben. Die ganze Zeit hat der Kronzeuge Cetiner über die Organisation und Strukturen geredet, nach denen er nicht gefragt wurde, und über Menschen in Kurdistan erzählt. Ein Anwalt erzählte, daß während und aufgrund des Prozesses ein Kurde in der Türkei zu Tode gefoltert worden ist. Zu Beginn einer Pause vormittags haben wir die Parole „Hoch die internationale Solidarität“ und „Weg mit dem Esel“ gerufen. Wegen diesem angeblich gefallenen Schimpfwort „Esel“ wurde schon vor Wochen der Ausschluß der Angeklagten begonnen. Die Polizisten wollten uns aus dem Gerichtsgebäude rausschaffen. Wir sind geblieben und konnten danach auch wieder rein, weil der Senat keine einzelnen von uns identifiziert hatte. Wenn er uns alle ausgeschlossen hätte, wäre damit auch die Öffentlichkeit nicht mehr hergestellt gewesen, und der Tag wäre gelaufen gewesen. Nach der Pause wurde uns massiv mit Ordnungshaft gedroht. Wir haben dann zu Beginn der Mittagspause noch Parolen gerufen und sind rausgegangen. Wir haben dann nachmittags noch eine kurze Kundgebung am Knast in der Nähe gemacht. Dort sitzen die ausgeschlossenen Gefangenen Ali Aktas, Ali Haydar Kaytan, Selahatin Erdem und Hasan Hayri Güler. Außerdem sitzen dort noch die irischen Gefangenen Gerry Hanratty und Gerry Mc Geough, die auch hier in Düsseldorf Prozeß haben, und die beiden Gefangenen aus dem antiimperialistischen Widerstand Norbert Hofmeier und Thomas Thoene. Unter uns war gute Stimmung. Wir hatten Transparente, haben einen kurzen Text über Megaphon verlesen und Parolen gerufen. Danach sind wir nach Hause gefahren.

Danke für das Gespräch.

(Dieses Interview führten Radio Lohra und Radio Dreyecksland.)

Prozeßtermine

Prozeß gegen Holger Deilke

Der § 129a-Prozeß gegen Holger Deilke vor dem Oberlandesgericht in Hamburg geht wahrscheinlich in dieser Woche noch **zu Ende**. Dienstag, der 24.9., und Mittwoch, 25.9, sollen die beiden letzten Prozeßtage sein. Bis Redaktionsschluß konnten wir nichts Genaueres mehr in Erfahrung bringen.

Prozeß gegen Gerry Hanratty und Gerry McGeough

Der Prozeß gegen die beiden irischen Genossen vor dem OLG Düsseldorf in der Tannenstraße wird fortgesetzt am 30.9.; 4.10., 10.10., 11.10., 17.10., 18.10., 28.10., 31.10.; 7.11., 8.11., 14.11., 15.11., jeweils 9.15 Uhr.

Kurdenprozeß

Der Kurdenprozeß in Düsseldorf in der Tannenstraße wird fortgesetzt am 1.10., 2.10., 8.10., 9.10., 29.10., 30.10.; 5.11., 6.11., 12.11., 13.11., 19.11., 20.11.

Kurdenprozeß in Celle

Der sog. zweite PKK-Prozeß gegen vier Kurdinnen und Kurden (zwei von ihnen sind seit September bzw. April 1990 unter Isolationshaftbedingungen im Knast) vor dem OLG Celle findet dienstags um 9.45 Uhr und mittwochs um 9.15 Uhr in der Kanzleistr. 4 statt.

Termine

Oberhausen. Druckluft, Am Förderturm 27, jeweils 20.30 Uhr: 500 Jahre Kolonialismus — 500 Jahre Widerstand: Im Oktober zeigt das Mittelamerika-Komitee Oberhausen noch folgenden Film zum Thema: *2.10.*, Domitila aus dem 20. Jahrhundert; Tierra y Cultura.

Saarbrücken. Aktionswoche von AMOK (Andere Medien Ohne Kommerz) gegen die Saarbrücker Medientage vom 22.9. bis 28.9.: *27.9.*, „Wir gehen ins Theater ...“; *28.9.*, 19 Uhr, AZ Brauerstr. 39, Veranstaltung zur aktuellen Situation in El Salvador mit Video. Es kommen Menschen von Sistema Radio Venceremos. Danach Fest im Autonomen Zentrum.

bis 28.9. Ausstellung im Café ULTRA, Dudweilerstr., „Bilder aus dem Widerstand in der BRD“ von Andrea. *bis 28.9.*, Ausstellung „Gegenöffentlichkeit und politische Zensur in der BRD von 1968 bis heute“ (Ort noch nicht bekannt, da wechselnd).

In der Aktionswoche ist das Autonome Zentrum in der Brauerstraße 39 täglich geöffnet, gemeinsames Frühstück ab 10 Uhr. Telefon: (0681) 30521 ab Sonntag, 22.9., besetzt.

Heidelberg. 29.9., Infoladen Moskito im Autonomen Zentrum, Alte Bergheimerstr. 7a, Infoladen-Solifest: nachmittags Tischtennisturnier, abends Volxküche, Filme, Infotische und dann Konzert mit der irisch-englischen Gruppe 7 Kevins.

Hamburg. 5.10., 10 Uhr, ab Flora, Demonstration zu Knud und Ralf.

Itzehoe. 6.10., Knastkundgebung.

Köln. 10.10., 18 Uhr, Amerika Haus, Demonstration „Schluß mit Folter und Unterdrückung — Solidarität mit den kämpfenden Gefangenen weltweit“.

Köln. 12.10., 20 Uhr, „Rhenania“, Bayenwerft, Solidaritätsfest mit den kämpfenden Gefangenen, Film über Mumia Abu-Jamal, Unkostenbeitrag 3 DM.

Anzeigen

Herausgeber: Angehörige und FreundInnen der politischen Gefangenen in der BRD, Postlagerkarte 050205, 7500 Karlsruhe. Erscheint vierzehntäglich bei GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., Zülpicher Str. 7, Postfach 260226, 5000 Köln 1. V.i.S.d.P.: Jeannette Hülbig. — **Redaktionsanschrift:** GNN-Verlag, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76, Tel.: (040) 2204278, Fax: (040) 2297419. **Bestellungen:** GNN-Verlag, Postfach 260226, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1, Tel. (0221) 211658. Einzelpreis: 1,20 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 28,60 DM, Buchläden, Infoläden und sonstige Weiterverkäufer erhalten bei einer Bestellung ab 3 Stück 30% Rabatt, ab 50 Stück das Heft zu 0,75 DM, jeweils plus Versandkosten. Bei Bestellungen bitte Einzugsvollmacht beifügen oder Überweisung auf eines der folgenden Verlagskonten: BfG Köln, BLZ 370 101 11, Kto.Nr. 1144393600 oder Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto.Nr. 10419-507. — Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1.
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist das Angehörigen-Info so lange Eigentum des Absenders, bis es dem Gefangenen ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird das Info dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.
Spendenkonto der Angehörigen: O. Becker, Postgiro Berlin West, BLZ 100 100 10, Kt.-Nr. 448630-102.